



Sendung vom 19.11.1999

Manfred Kanther  
Bundesminister a.D.  
im Gespräch mit Josef Bielmeier

- Bielmeier:** Ich begrüße Sie bei Alpha-Forum, zu Gast ist heute Manfred Kanther. Herr Kanther, Sie waren von 1993 bis 1998 Bundesinnenminister, und Sie waren in den achtziger Jahren Finanzminister in Hessen: sozusagen in Ihrem Land, wo Sie sich als CDU-Politiker seit den siebziger Jahren engagiert haben. Und Sie hatten seit den siebziger Jahren führende Positionen in der hessischen wie auch in der Bundes-CDU inne. Der Herbst 1998 war für die Union eine herbe Enttäuschung: Es gab eine schwere Wahlniederlage. Sie selbst haben sich zwar nicht ganz aus der Politik zurückgezogen, denn Sie sind noch im Deutschen Bundestag vertreten, aber das war doch wohl ein Teilrückzug aus dem ganz aktiven politischen Dasein. Warum hat Ihrer Ansicht nach die CDU im letzten Herbst eine so schwere Niederlage hinnehmen müssen?
- Kanther:** Ich glaube, dass es Überdruß gegeben hat: Es waren keine Sachfragen. Stattdessen hatten die Menschen die Botschaft der Gegenseite geschluckt: 16 Jahre sind genug. Diese Botschaft wurde auch an Personen festgemacht. Es hieß, nun sei einmal etwas anderes dran. Es ging darum, ein wenig mit der Politik zu spielen: Das ist etwas, das in der medialen Welt ohnehin angelegt ist. Ein weiterer Grund war die glänzende schauspielerische Leistung des damaligen Herausforderers Schröder: gegen viel Biederkeit auf unserer Seite. Das hat alles dazu geführt, dass im Grunde genommen ein Mediensieg erfochten worden ist. Ich glaube, das erklärt am besten die Niederlage.
- Bielmeier:** Wenn man den letztjährigen Parteitag der SPD beobachtet hat, der ja nun ganz und gar auf die Medien zugeschnitten war, dann war einem schon klar, dass auch der Wahlkampf ziemlich stark auf die Medien zugeschnitten sein wird. Die Medien verändern nun einmal die Politik, und darauf werden wir später sicherlich noch zu sprechen kommen. Herr Kanther, Sie sind 1939 geboren: In dem Jahr, in dem der Zweite Weltkrieg begann. Sie mussten dann mit Ihrer Familie gegen Ende des Kriegs fliehen und fanden zunächst einmal in Thüringen eine neue Heimat. Sie erlebten dort dann auch die SBZ und die spätere DDR. 1957 sind Sie in die damalige Bundesrepublik übersiedelt. Ihre Kindheit und Jugend war also, wenn ich das so sagen darf, durch Krieg, Vertreibung und Flucht bestimmt - und schließlich auch noch durch die Erfahrung eines totalitären Systems. Hat Sie das damals sehr geprägt, und hat Ihnen das auch den Weg gewiesen, später selbst einmal in die Politik zu gehen und Politik selbst mitgestalten zu wollen?
- Kanther:** Das war ganz sicher so. Ich bin 1957 von Thüringen nach Marburg gekommen, und der Eintritt in die CDU war eine meiner ersten Handlungen in dieser neuen Freiheit. Es war für mich ganz klar, dass ich mich nach dem Erleben der DDR politisch betätigen werde. Diese Erfahrung in der DDR war für mich wirklich ein unerfreuliches Erlebnis gewesen, während ich die Vertreibung aus Schlesien als Fünfjähriger und noch ganz und gar in der

Verantwortung meiner Mutter stehend nur so nebenbei als unerfreulichen Vorgang mitbekommen habe: Das Spielzeug wurde einem weggenommen, man musste in dunklen Zügen reisen usw. Man war geängstigt, aber ein rechtes Problembewusstsein hat ein Fünfjähriger dafür natürlich noch nicht. Mit 18 Jahren war das nach der Schulzeit in Thüringen schon etwas ganz anderes. Der Grund lag weitgehend in den politischen Verhältnissen, denn man durfte nicht studieren, wenn man nicht rechthgläubig war. Und ich war im Sinne der DDR nun einmal nicht rechthgläubig - woraus ich auch nie ein Hehl gemacht habe.

**Bielmeier:** Sie gingen dann in die Bundesrepublik, um hier in Marburg und in Bonn Jura zu studieren. Sie sind also 1957 in die CDU eingetreten. Ich darf daran erinnern, dass das auch das Jahr war, in dem Adenauer die absolute Mehrheit gewonnen hat: Das war eigentlich der Höhepunkt der Ära Adenauer. Wenn ich es richtig nachgelesen habe, dann war Konrad Adenauer - der erste Kanzler dieser Republik, die heuer ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern kann – doch auch so etwas wie eine politische Leitfigur für Sie, die Sie sehr geprägt hat.

**Kanther:** Ja, das war aus vielen Gründen so. Das fing in Thüringen schon an: vom unentwegten Schulfunk und bis zu den Zeitungen war Adenauer der Popanz der Propaganda der SED. Das wurde tagtäglich über uns niedergelassen: Das war wirklich eine Dauerberieselung. Junge Leute sind nun einmal so, dass sie sich gegen Dauerberieselung aufstellen – auch wenn sie keine Sachkenntnis haben. Viele – ich auch – hatten daher die Neigung zu sagen, dass das Adenauer schon richtig machen würde. Allerdings konnten wir damals aus der Distanz in Thüringen die westdeutsche Politik nicht sonderlich genau beurteilen. Mit dieser Vorprägung - "Adenauer macht das richtig!" – haben wir dann hier unseren beruflichen und politischen Weg gesucht. Ich habe eben einen ganz stark politischen Weg eingeschlagen, der damals auch ganz eindeutig von Adenauer vorgeprägt gewesen ist: Dieser Weg war ganz auf ihn zugeschnitten. Aber das war dann später doch auch ein Weg in einer erstaunlich stabilen Union von CDU und CSU, die ihrem Auftrag gemäß auch wirklich ganz unterschiedliche Führungskräfte überdauert hat.

**Bielmeier:** Nun wird von einigen zeitgeschichtlichen Analytikern oft behauptet, dass diese Adenauer-Ära eigentlich eine sehr rückwärts gewandte Zeit war. Andere sagen – und dieser Ansicht neige auch ich eher zu –, dass diese fünfziger Jahre, also diese ersten zehn Jahre der Bundesrepublik Deutschland, durchaus nicht rückwärts gewandt waren, sondern dass damals sehr wohl entscheidende Weichenstellungen dafür getätigt wurden, dass man von heute aus betrachtet die Geschichte der Bundesrepublik als eine Erfolgsgeschichte bezeichnen kann.

**Kanther:** Das meine ich aber auch. Bleiben wir bei den wirtschaftlichen Dingen: Der Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, den man uns noch in der Schule als immerwährend aufredend wollte, ist von Ludwig Erhard zugunsten der sozialen Marktwirtschaft versöhnt worden: zugunsten eines dritten Weges, der wirklich in aller Welt Nachahmung gefunden hat. Betrachten wir die Westbindung und die Aussöhnung mit Frankreich: Das war Konrad Adenauers gewaltiges Werk. Nehmen wir die Wiedergutmachung gegenüber dem entsetzlichen Unrecht, das den Juden und anderen Bevölkerungsgruppen angetan worden ist: In einem zerstörten Land mit eigenen Aufbauproblemen wurde das als eines der ersten Programme aufgenommen. Es gab die Wiedereingliederung der Vertriebenen mittels des Lastenausgleichsprogramms. Man hat die Leute nicht einfach sich selbst überlassen nach dem Motto: Jeder muss selbst sehen, was er machen kann. Nein, es gab ein solidarisches Eintreten der Westdeutschen für die Vertriebenen. Das war, wie ich finde, pionierhaft. Es war da nichts Rückwärts-Gewandtes mit dabei, nur weil diese Leute schon in der

Weimarer Republik Verantwortung getragen haben.

**Bielmeier:** Nun war es ja auch so, dass man zu Beginn der fünfziger Jahre keineswegs wissen konnte, welchen Erfolgsweg diese junge Bundesrepublik gehen wird. Es waren letzten Endes ja noch viele Fragen offen, ob das auch wirklich erfolgreich sein wird: Zumindest in den Anfangsjahren konnte man diese Sicherheit wohl noch nicht haben.

**Kanther:** Ja, das war eben das Große am Staatsmann Adenauer, dass er selbst die feste Überzeugung hatte, mit der Westbindung, der sozialen Marktwirtschaft und dem Antikommunismus den richtigen Weg zu beschreiten. Dazu gehörte auch die Aussöhnung mit den früheren Gegnern, insofern sie damals dazu bereit waren: Die Sowjetunion war damals dazu nicht bereit. Diesen Weg hat er dann auch sehr konsequent innenpolitisch untermauert: Das hat er so gemacht, und das hat die Leute auch mitgenommen. Eine überzeugende Führungsleistung ist in der Politik immer eine sichere Erfolgchance.

**Bielmeier:** Zu Beginn der siebziger Jahre waren Sie bereits mehrere Jahre in der Union und haben dann auch begonnen, in der Union Funktionen zu übernehmen. 1970 war das Jahr, in dem sich die CDU zum ersten Mal seit einem Jahr in der Opposition befand. Nun, 1999, ist das zum zweiten Mal der Fall. Die damalige Oppositionszeit währte von 1969 bis 1982, also 13 Jahre. Hat Sie diese Zeit der Bundesopposition dazu beflügelt, sich verstärkt als Unionspolitiker zu engagieren?

**Kanther:** Ja, sehr. Ich bin schon in den sechziger Jahren in Westfalen, wo ich damals lebte, sehr aktiv gewesen in der Partei. Ich war in der "Jungen Union" und in der CDU aktiv, und ich war auch schon einmal Landtagskandidat für den nordrhein-westfälischen Landtag gewesen. Es gab dann aber eine mehr oder weniger zufällige Begegnung mit Alfred Dregger. Wir hatten sofort eine sehr große Sympathie füreinander: er, der schon etwas ältere, und ich, der noch ganz junge Politiker. Niemand konnte zu der Zeit erklären, warum es der CDU in Hessen nun schon seit Jahrzehnten so schlecht ging, wann immer es um Landes- oder Kommunalpolitik ging. Schließlich rief dann die SPD Hessen auch noch zum Experimentierfeld für die sozialistische Republik aus – wie das zumindest einige aus der SPD taten. Das hat mich jedenfalls sehr gereizt: Wenn man die eine sozialistische Republik gerade hinter sich hat lassen können, dann wollte man natürlich auf gar keinen Fall noch eine weitere erleben. Infolgedessen war natürlich das Angebot von Herrn Dregger, ich sollte doch zu ihm nach Hessen kommen, um dort gemeinsam mit ihm etwas aufzubauen, 1970 eine große Herausforderung für mich. Meine Frau und ich haben uns das eine Nacht lang überlegt, und dann haben wir gesagt: "Das machen wir, das ist ein neues Leben, das ein bisschen aus den Schablonen fällt. Das ist aber gleichzeitig auch eine große Chance, die eigenen politischen Vorstellungen einbringen zu können."

**Bielmeier:** Sie waren von 1970 bis 1987 Landesgeschäftsführer der Union in Hessen. 1974 zogen Sie als Abgeordneter in den hessischen Landtag ein, und von 1980 bis 1987 waren Sie Generalsekretär der hessischen CDU. Sie hatten also an vorderster Front Verantwortungspositionen inne. In dieser Zeit hat sich die Union in Hessen dann auch verändert. Ich darf daran erinnern, dass es der Union in den achtziger Jahren gelungen ist, in diesem "roten Land" Hessen mit Walter Wallmann die Wahl zu gewinnen. Sie haben vorher aber auch an der Basis Parteiarbeit betrieben: Ich unterstelle einmal, dass ein Teil des Verdienstes an diesem Wahlsieg in den achtziger Jahren wohl auch darauf zurückzuführen ist, dass Sie die Partei erneuert und sie sozusagen auf Vordermann gebracht haben.

**Kanther:** Ich glaube, dass man eben überall fleißig sein muss - auch in der Politik. Es geht nicht nur um die großen Inhalte, sondern es geht auch um die vielen Menschen, denen man tagtäglich z. B. in der Kommunalpolitik oder in den

Organisationen der Partei diese Botschaften unterbreiten muss. In den siebziger Jahren haben wir dann auch diese großen "Dregger-Wahlsiege" erfochten, denn 1970 gewannen wir in einer Wahl 13 Prozent und 1974 noch einmal sieben Prozent hinzu: Das gehört wohl mit zum Erstaunlichsten, was die demokratische Wahllandschaft in der Nachkriegszeit überhaupt hergegeben hat. Das hat daran gelegen, dass wir sehr konsequent waren und dass man uns geglaubt hat, dass wir bereit sind, gegen jede Form von Sozialismus anzutreten ebenso wie gegen die unerfreuliche hessische Schulpolitik in der damaligen Zeit oder gegen diese ganzen platten Phrasen der damaligen Bundesregierung etwa in der Familienpolitik. Es wurde uns auch geglaubt, dass wir bereit waren, gegen die Unausgegorenheit und Unausgewogenheit der Ostpolitik einzutreten, die damals den Schwerpunkt in der öffentlichen Debatte darstellte. Das hat uns eine feste Anmutung verschafft. Ich denke, dass man in der Politik immer gut beraten ist, wenn die Wähler bei einem Phänomen, das auf sie zukommt, sagen: "Da wird dieser Politiker wohl genau so darauf reagieren." Und so muss man das dann auch machen.

**Bielmeier:** Nun gehören Sie ja auch zu den Politikern, die, nomen est omen, nie ein Hehl aus ihrer Meinung gemacht haben, sondern die Dinge auch so dargestellt haben, wie sie sich ihrer Überzeugung nach darstellten. Der Politiker Kanther war für den politischen Gegner nicht immer angenehm: Sie waren kantig, Sie waren aber auch immer sehr profiliert. Und so etwas überzeugt dann auch die Leute. Nach dem Wahlsieg von Wallmann stellte die CDU natürlich auch die Regierung in Hessen: Sie wurden in der Zeit Finanzminister in Hessen. Das war das erste politische Amt, das Sie damals in Hessen wahrgenommen haben. Sie sagten es schon, dass die Auseinandersetzungen damals sehr geprägt waren von der Schulpolitik. Sie haben sich dabei ungeheuer engagiert. Diesen ganzen linken Experimenten auf diesem Gebiet haben Sie sozusagen den Schneid abgekauft.

**Kanther:** Ja, für uns hat die Schulpolitik in meiner ganzen Zeit als Generalsekretär eine sehr große Rolle gespielt. Die Partei war die ganze Zeit dabei, dieses Thema Schulpolitik an die Menschen heranzutragen. Die größte Bürgerinitiative, die es in Hessen je gegeben hat, war keine grün angestrichene, sondern war die von der CDU, dem Landeselternbeirat und dem hessischen Elternverein inspirierte Kampagne "Freie Schulwahl in Hessen". Sie richtete sich gegen die flächendeckende Einführung der integrierten Gesamtschule, gegen die Zwangsförderstufe, gegen den Wegfall von Geschichtsunterricht und seinem Untergehen im Geschwätz der Gesellschaftslehre. Das waren also alles Dinge, die auf die Kinder ausgerichtet waren. Ich finde nun einmal, dass es nicht die Aufgabe des Staates und schon gar nicht die Aufgabe einer Partei ist, die Hand so massiv auf die Kinder von anderen Leuten zu legen. Meine Frau und ich haben sechs Kinder: Die haben wir durch das hessische Schulwesen georgelt – mit vielerlei Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben. Wann immer es dabei um Politik ging, waren diese Erfahrungen überwiegend unerfreulich. So ist es vielen Menschen gegangen mit diesem Thema. Wir haben dieses Thema allerdings 17 Jahre lang beachtet: Das macht das Problem aus, denn landespolitische Opposition wird nun einmal kaum wahrgenommen. Wer weiß denn z. B. schon etwas von der SPD in Bayern? Kaum jemand.

**Bielmeier:** Außerhalb Bayerns? Schon in Bayern nicht!

**Kanther:** Das heißt, mit landespolitischer Oppositionsarbeit wahrgenommen zu werden, ist ungeheuer schwer. Wir haben es aber geschafft, der Bevölkerung klar zu machen, dass es eine andere Schulpolitik gibt, wenn die CDU regiert. Das war im Übrigen jetzt mit dem großen Wahlsieg des Ministerpräsidenten Koch – viele Jahre nach dem Wahlsieg von Walter

Wallmann – wieder so: Die Behauptung, "wir werden den Lehrermangel abstellen!", war im Land mit dem höchsten Stundenausfall eine wichtige Botschaft. Und 1400 neue Stellen sind nun auch geschaffen worden: Das heißt, dieses Versprechen wird nun in der Tat schrittweise eingelöst. Diese Konsequenz beim Festhalten an einem Thema ist außerordentlich wichtig. Das muss man dann aber auch untermauern: Das muss man nämlich z. B. im Kreistag auch so machen, wie man es in der Landespolitik macht bzw. machen würde. Dafür müssen die Kreistagsabgeordneten auch wirklich einstehen. Dafür hatten wir dann z. B. auch eine entsprechende Lehrervereinigung gegründet in Hessen, die sich weit entwickelt hat. Da stand eine große Bürgerinitiative an unserer Seite, die weit über die CDU hinaus reichte. Wenn man das lange genug macht, dann...

**Bielmeier:** ...überzeugt man den Wähler. Allerdings haben Sie dann 1991, also vier Jahre später, die Macht in Hessen wieder verloren. Was waren denn damals die ausschlaggebenden Gründe für diesen Machtverlust?

**Kanther:** Gründe hat es sicherlich unterschiedliche gegeben: auch solche, die an uns gelegen haben. Für den wichtigsten erachte ich aber nach wie vor die Kuwait-Krise. Das waren ja diese Monate des Kuwait-Krieges: Es gab in der Zeit ja eine ungeheure Angst davor, dass sich die Bundesregierung da irgendwie hineinziehen lassen würde. Das war eine Angst, die von der SPD auch sehr geschürt worden ist. Das hat damals im hessischen Wahlkampf eine große Rolle gespielt. Die SPD hat erklärt, "wir taufen unsere Veranstaltungen in Friedenskundgebungen um" – und hat genau die gleichen Wahlkampfveranstaltungen weitergemacht. Wir dagegen haben gesagt: "Aus lauter Pietät sagen wir unsere Veranstaltungen ab." Das war eben falsch. Wir hatten innerhalb der Landespolitik auch eine etwas schwierige Affäre zu überstehen: Das hat sicherlich auch einen kleinen Beitrag zur Niederlage geleistet. Im Wesentlichen, glaube ich, lief die Bundespolitik in der Anmutung gegen uns. Es ist uns in Hessen öfter einmal so gegangen, dass wir mit unseren Wahltagen unter die Räder der Bundespolitik gerieten.

**Bielmeier:** Sie waren dann nach dem Machtverlust in Hessen im dortigen Landtag Fraktionsvorsitzender. Zu Beginn der neunziger Jahre sind Sie dann auch in das Präsidium der Union gewählt worden. Ich habe es am Anfang schon erwähnt: 1993 wurden Sie dann Bundesinnenminister in einer Zeit der ungeheuren gesellschaftlichen Umbrüche. Darauf werden wir noch zu sprechen kommen. Ich sagte schon, dass seit Herbst letzten Jahres die Union zum zweiten Mal in der fünfzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik in der Opposition ist. Damals dauerte es 13 Jahre. Wir sind selbstverständlich keine Propheten, die sagen könnten, wann die Union im Bundestag wieder die Mehrheit gewinnen wird, aber ich möchte Sie doch danach fragen, ob Sie den Zustand der Union im Augenblick dahingehend als gut empfinden, schon wieder gerüstet zu sein, auch im Bund wieder die politische Verantwortung übernehmen zu können. Oder gibt es da Ihrer Meinung nach Defizite, weil eine sechzehnjährige Regierungstätigkeit natürlich auch eine ungeheure Verschlissenheit mit sich gebracht hat?

**Kanther:** Ich glaube schon, dass unser öffentliches Bild zu wünschen übrig ließ. Die Leuten wollten dann diese Darsteller der Politik ganz einfach nicht mehr auf der Mattscheibe sehen. Das wird nach meiner Meinung dem Ernst von Politik und den Folgen falscher Entscheidungen nicht gerecht, aber ich kann mir meine Mitbürger ja nicht backen. Wenn sie mit Mehrheit nun einmal so entschieden haben, dann muss das eben weggesteckt werden – und so ist das auch geschehen. Eigentlich ist das ein erstaunlicher Vorgang: Im Augenblick gibt es ja kaum noch Leute, die im vergangenen September pro SPD gewesen sein wollen. Wohin man hört: Keiner war's, weil das Ganze nun so schlecht läuft. Aber es ist nun einmal jetzt so, wie es ist. Ich habe allerdings unsere Regierung nicht als verschlissen empfunden: wenn ich

einmal von diesem immerwährenden Eindruck absehe, dass wir vielen Leuten, weil wir eben schon immer da waren, als langweilig erschienen sind. In der Sacharbeit, im Engagement der Beteiligten, in der großartigen Vision Helmut Kohls vom Zusammenwachsen Europas gab es keinen Verschleiß. Er hat in gewaltigen Schritten zum Teil die anderen Partner da ja auch fast schon ein wenig gezwungen: durch sein Beispiel und durch seine Wucht. Er hat zusammen mit Waigel die Euro-Einführung geschafft: Heute steht es doch nicht mehr ernsthaft in Frage, dass das ein gewaltiger Schritt von kontinentaleuropäischer Bedeutung war. Ich glaube also nicht, dass wir verschlissen waren, wir hätten gut weitermachen können, und es wäre auch viel zu tun gewesen. Aber Schwamm drüber. Jetzt wird sich meiner Meinung nach die Union aus den kommunal- und landespolitischen Ebenen nach vorne bringen müssen. Der Bundesrat wird also eine große Bedeutung bekommen. Wir müssen wieder sichtbar werden mit unserem Einfluss auf die Bundespolitik. Wenn in der Republik alles rot ist - mit Ausnahme weniger Länder -, dann ist eben die Wahrnehmung der anderen Farbe auch geringer. Daher muss die Farbe in den Flecken auf der Landkarte wieder stärker werden. Da sind wir im Augenblick dran. Ich finde, dass sich beide Unionsparteien eigentlich überraschend schnell in diese neue Rolle gefügt haben. Gewiss, die CSU ist mit dieser gewaltigen Verantwortung in Bayern schon in einer besonderen Situation: Aber diese Politik wird auch wirklich ganz fabelhaft dargestellt. Die CDU tritt nun nach einem kurzen Schütteln des Pelzes mit einer neuen Führung an. Es gab kein Scherbengericht: nicht etwa aus Faulheit, sondern deswegen, weil zwei Dinge zusammenkamen. Erstens gab es ein Akzeptieren der Niederlage, und zweitens gab es den Willen - in der Annahme, dass es für SPD nun schlecht laufen würde -, die Zeit für sich selbst bestmöglich zu gestalten, um die Zeit, in der die SPD regiert, möglichst kurz zu halten.

**Bielmeier:** Vollzieht sich denn nicht auch gleichzeitig so etwas wie ein Generationswechsel in der Union? Wenn ich da z. B. an Ihr Land Hessen denke, wenn ich an das Saarland oder an Niedersachsen denke: Hier nimmt doch mehr und mehr eine jüngere Generation die Verantwortung in der Union wahr. Das ist eine Generation, die eigentlich in der Nachkriegszeit erst geboren wurde und auch in der Nachkriegszeit aufgewachsen ist, die also weder den Krieg noch die unmittelbare Nachkriegszeit erlebt hat wie z. B. Sie und viele andere Ihrer politischen Kollegen.

**Kanther:** Ja, und das straft auch alle Unkenrufe Lügen, in der Union bzw. bei den politischen Parteien gäbe es keinen Nachwuchs. Das sind nun keine Millionenheere, aber das ist ein ausreichender und ein sehr gut herangeführter Nachwuchs. Meine Entscheidung, in Hessen den Landesvorsitz abzugeben und nicht wieder Spitzenkandidat zu sein in der letzten Landtagswahl, hatte auch etwas damit zu tun, dass ich das Glück erfahren habe, einen so glänzenden Nachfolger zu finden. Ich weiß nicht, wie ich mich entschieden hätte, wenn ich der Meinung gewesen wäre, mein Nachfolger packt das nicht. Es gibt ja keinen Grund, mit 59 Jahren zu sagen, "ich höre auf!", außer demjenigen Grund, dass man eine glänzende Nachfolgeregelung treffen kann. Das ist in der Politik aber in der Tat oft ein Problem. Es gibt auch viele Leute, die absolut nicht loslassen können, egal wie gut die Nachfolge regelbar wäre. Das ist ein Mangel: Ich finde...

**Bielmeier:** Dafür gibt es ja auch eine ganze Reihe von Beispielen...

**Kanther:** Ja, dafür gibt es eine Reihe von Beispielen, aber eigentlich ist es schon so, dass man dem eigenen Verein die bestmögliche Nachfolgeregelung schuldet.

**Bielmeier:** Was hält einen Politiker denn wirklich davon ab? Haben Sie darüber einmal nachgedacht? Sind Sie da zu einer schlüssigen Antwort gekommen?

**Kanther:** Ja, natürlich habe ich darüber nachgedacht, und ich hatte ja auch dieses

Erlebnis am eigenen Leib verspürt. Denn ich habe auf der einen Seite losgelassen und auf der anderen Seite das Glück erlebt, dass wir die hessische Wahl gewonnen haben und nun ein sehr fähiger Ministerpräsident Koch die Dinge dort blendend macht. Das freut mich, und ich bin in diesem Punkt ohne jeden bitteren Nachgeschmack geblieben. Das freut mich wirklich. Ich bin dem politischen Leben und auch der Idee der CDU so verbunden, dass es mich geschmerzt hätte, wenn ich da immer weitergemacht und weitergemacht und nicht losgelassen hätte, bis schließlich alle anderen nach meinem Rücktritt gesagt hätten: "Endlich haben wir ihn nun wegbekommen!" Es ist doch wirklich sehr viel besser, zu einem Zeitpunkt zu gehen, an dem noch ein paar Leute sagen, "schade drum", als zu dem Zeitpunkt, an dem alle sagen: "Gott sei Dank!"

**Bielmeier:** Manche meinen, dass für die Union der Wind auch deshalb rauer geworden ist, weil sich das gesellschaftliche Milieu verändert hätte. Inwieweit geben Sie einer solchen These Recht?

**Kanther:** So eine große Partei muss zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt passen. Das heißt nun nicht, dass sie sich jedem Trend anzupassen hätte: Gerade ich stehe dafür und mit mir die hessische CDU, das Profil in den siebziger Jahren aus einer Nicht-Anpassung gewonnen zu haben. Wir haben den schulpolitischen Unsinn der damaligen Zeit, der ja letztlich aus der Frankfurter Schule und aus der ganzen Linkstendenz in diesem Jahrzehnt entstanden war, nicht mitgemacht. Wir haben auch an der Idee der deutschen Wiedervereinigung festgehalten: in einer Zeit, als es nur darum ging, ob so eine Haltung nun prä- oder postfaschistisch wäre. Aber wir haben immer daran festgehalten. Wir sind gegen die paritätische Mitbestimmung eingetreten, als dieser Unfug zu Beginn der siebziger Jahre die CDU gewaltig durchgerüttelt hat. Heute spricht kein Mensch mehr darüber, aber damals war das wirklich eine Zerreißprobe. Das heißt, man muss sein Profil finden und man muss es dann auch durchstehen. Der Zeitgeist ist dafür sicherlich ein schlechter Ratgeber. Aber die Zeit verändert sich ja nicht nur im Rahmen von aufgesetzten Vokabeln, modischen Trends und Lüftchen, sondern es ist ja so, dass die Geschichte weitergeht: Die Gesellschaft entwickelt sich fort, und viele Dinge verändern sich tatsächlich. Das Frauenbild hat sich z. B. in unserer Gesellschaft im Vergleich zu den fünfziger, sechziger und auch noch siebziger Jahren völlig verändert: Die Mitverantwortung von Frauen in den politischen Parteien war wirklich ein extrem wichtiger Punkt dabei, den wir – auch in Hessen – mit besonderem Engagement hergestellt haben. Das war eine Entwicklung, die von uns wirklich auch so gewollt war. Die Medienlandschaft hat unser Leben darüber hinaus auch sehr verändert. Die Vielfalt der Medien und der Eindrücke und auch die Konfusion, die dabei entsteht, haben vieles verändert. Die Medieneinwirkung besteht ja nicht nur ausschließlich aus Information - indem man etwas aufnimmt, lernt, sieht, begreift und versteht –, sondern sie bedeutet ja auch, dass Hunderte von Eindrücken immerfort den armen einen Kopf treffen. Das muss ja alles verkraftet und verarbeitet werden. Die Mobilität unserer Welt ist ebenfalls eine völlige neue Erscheinung. Es gibt also unendlich viele neue Dinge, und genau daran muss sich eine Partei auch immer wieder messen lassen.

**Bielmeier:** Das gilt wohl gerade für eine Volkspartei.

**Kanther:** Natürlich, denn eine Volkspartei darf nie stillstehen. Eine konservative Partei – und ich bin ein konservativer Politiker – blickt doch nicht zurück: Stattdessen misst eine konservative Partei mit zuverlässigen Maßstäben den Fortschritt der Zeit, um sich darauf einzustellen. Aber ein konservativer Politiker passt sich nicht einfach phrasenhaft oder würdelos jedem blinden Lüftchen an.

**Bielmeier:** Lassen Sie mich nun ein anderes Feld ansprechen, das Sie vor allem als Bundesinnenminister sehr beschäftigt hat. Ich möchte diesen Teil unseres

Gesprächs gerne mit dem Titel überschreiben: "Die Gefährdungen einer modernen Industriegesellschaft". Da gibt es die internationale Kriminalität, die Drogen, die Migrationsprobleme, die Wirtschaftskriminalität usw. Manchmal hat man den Eindruck, dass sich der Rechtsstaat diesen Problemen gegenüber wie das Kaninchen vor der Schlange verhält. Denn auf der einen Seite möchte man die Grundrechte des Bürgers nicht einschränken, aber auf der anderen Seite ist eben z. B. dieses neue Phänomen der internationalen Kriminalität so dynamisch, dass die herkömmlichen Mittel nicht ausreichen. Sehen Sie diese Gefährdung auch so, und wo liegt Ihrer Meinung nach der richtige Weg?

**Kanther:** Es gibt diese Gefährdung: Daran gibt es gar keinen Zweifel. Ich habe mich jedoch auch als Bundesinnenminister immer bemüht, die Menschen nicht zu ängstigen: Es gibt genug Anlass zur Sorge, man muss das nicht auch noch übertreiben. Das, was die Menschen zuerst einmal ängstigt, ist die allgemeine Kriminalität: der Handtaschenraub, die Körperverletzung, der Einbruch, der Autodiebstahl, der Ladendiebstahl, die Vergewaltigung im Park usw. Das begegnet leider vielen Menschen als Problem. In diesem Bereich gibt es aber beachtliche Erfolge, die innerhalb der Republik auch sehr unterschiedlich sind.

**Bielmeier:** Ja, das ist von Land zu Land verschieden.

**Kanther:** Ja, aber das ist in einem solch gewaltigen Maße unterschiedlich, dass das auch Gründe haben muss: Das macht Hoffnung. Wenn in Bayern und Baden-Württemberg, also in Süddeutschland, die Aufklärungsrate zum Teil um 19 oder 20 Prozentpunkte höher ist als meinetwegen in Schleswig-Holstein oder in Niedersachsen, also in Norddeutschland, dann gibt das zu denken. Wenn die Häufigkeitsrate, also die Straftaten pro 100000 Einwohner, in Bayern und in Baden-Württemberg wesentlich niedriger ist als im Rest der Republik, dann ist das auch ein Zeichen dafür, dass eine sehr konsequente Innenpolitik in Süddeutschland bessere Ergebnisse erbringt, als das Laisser-faire und das Gequake darüber, dass sich eigentlich jeder so ein bisschen ausleben kann, wie ihm das gerade einfällt, wie wir es in sozialdemokratisch geführten Bundesländern in der Innen- und Justizpolitik häufig vorgefunden haben. Ich schöpfe daraus also die Hoffnung, dass sich die sehr deutliche Sicherheitspolitik, die von der Bevölkerung heute eigentlich gefordert wird, auch langsam aber sicher umsetzt: im Norden womöglich etwas langsamer als hier im Süden. Die Ergebnisse bei der Kriminalitätsbekämpfung werden aber auch in Norddeutschland in der Tat schrittweise besser. Wir haben in den letzten drei, vier Jahren in ganz Deutschland eine ständig steigende Aufklärungsrate, und wir haben auch zwei Prozent weniger Delikte. In einigen Bereichen wie dem Kraftfahrzeugdiebstahl oder dem Einbruchdiebstahl konnten wir phänomenale Ergebnisse erzielen. Seit ich mit der deutschen Automobilindustrie die Einführung der elektronischen Wegfahrsperre vereinbaren konnte, ist der Diebstahl bei neuen Autos, die mit dieser Technik ausgerüstet sind, um ein Viertel bis ein Drittel zurückgegangen. Dazu musste noch nicht einmal ein einziger Polizist seinen Knüppel heben, denn diese Form der Kriminalität wurde durch eine technische Leistung gedämpft. Anders sieht es im Bereich der organisierten Kriminalität aus: im Bereich Drogen, Waffen, Schlepperunwesen – also dem Schleppen von illegalen Ausländern über unsere Grenzen –, Rotlicht-Milieu, Falschmünzerei usw. Da gibt es eine besorgniserregende Entwicklung, die man eigentlich weltweit feststellen kann und die viele Gründe hat: die Mobilität von Waren, Menschen, Meinungen, Informationen, Dienstleistungen, Geld usw. Das liegt also auch an der modernen Informationsgesellschaft: Die Gangster besitzen die Möglichkeit, mit modernen Informationssystemen grenzüberschreitend umzugehen. Das Stichwort ist hier z. B. das Internet. Diesen Zugang kann man – zumindest nicht so ohne weiteres – keinem Gangster verwehren. Umgekehrt ist es

aber auch so, dass z. B. schon unsere Vorfahren beim Aufkommen des Telefons die Sorge hatten, wie sich die Dinge entwickeln werden, wenn jeder Gangster so ohne weiteres mit einem anderen Gangster telefonieren kann. Aber dieses Problem ist beherrschbar geblieben. Neu ist die Internationalität von Kriminalität: im Allgemeinen und in unserem Land im Speziellen. Wir haben in der organisierten Kriminalität 100 ausländische Tätergruppen hier bei uns im Land. Und es ist nun einmal ein Riesenunterschied, ob man es mit der Kriminalität der eigenen Leute zu tun hat - das ist schlimm und vorwerfbar genug, und dagegen muss man hart vorgehen –, oder ob man es mit Tätergruppen aus 100 Staaten der Welt zu tun hat. Dieser Unterschied bezieht sich auf die polizeiliche und die gerichtliche Sichtweise und hat auch etwas mit den Möglichkeiten der Vorbeugung zu tun, also mit Bildung, Erziehung und gesellschaftlicher Bindung. Denn bei diesen aus so verschiedenen Ländern kommenden Tätergruppen haut ja unsere Form der Kommunikation schon nicht mehr hin. Dort herrschen auch ganz andere moralische Maßstäbe. Insofern haben wir in der organisierten Kriminalität ein Phänomen, das ich mit tiefer Sorge sehe. Aber darauf haben wir ja auch schon Antworten gegeben: mit Europol, mit "Schengen", mit den Bekämpfungsabkommen gegenüber der organisierten Kriminalität vor allem mit unseren osteuropäischen Nachbarn, mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz, mit der Kronzeugenregelung oder mit dem Abhören von Gangsterwohnungen usw.

**Bielmeier:** Man kann diesen Prozessen also nicht mit herkömmlichen Mitteln alleine begegnen. Stattdessen muss man neue grenzüberschreitende Institutionen schaffen, mit denen man diese Herausforderung vielleicht schultern kann. Ich möchte nun noch auf das Thema der Migration zu sprechen kommen. Experten sagen, dass wir eigentlich erst am Anfang einer weltweiten Migrationsbewegung, also Wanderbewegung, stehen: Das, was wir in den letzten 20 Jahren erlebt haben, sei eigentlich nichts im Vergleich zu dem, was in Zukunft noch auf uns zukäme. Sind wir denn dafür gerüstet?

**Kanther:** Ich hoffe, dass das natürlich nicht unsere Perspektive ist. Ich sagte schon, dass die Mobilität im Zusammenhang mit der Information neue Phänomene geschaffen hat. In der ganzen Welt nehmen ärmste Menschen z. B. über das Fernsehen am Eindruck des Wohlstands in der ersten Welt teil: also in den USA, Europa und Japan. In der ganzen Welt wird dieser Eindruck, dieser Lockanreiz, von gewissenlosen Gangstern ausgenutzt, die die Leute nach Strich und Faden belügen und betrügen. Ganze Familien legen sich da z. B. krumm, um die letzten Dollars zusammenzubekommen, die sie dann den Schleppern zahlen, damit einer aus dieser Familie nach Deutschland kommen kann. Dieses Phänomen werden wir meiner Meinung nach mit einer großen politischen Kraftanstrengung der entwickelten Länder dämpfen müssen. Dieses Phänomen hat auch in den vergangenen Jahren schon viel Mühe gemacht: Da ist auch viel herumgeketzert worden, ob man denn nicht mildtätiger an dieses Phänomen herangehen müsste. Ich glaube nicht: In meinen Augen ist Deutschland kein Einwanderungsland, und dazu soll es auch um keinen Preis werden. Es geht hierbei natürlich nicht um die EU-Ausländer. Infolgedessen können wir uns nicht damit einverstanden erklären, dass mehr oder weniger beliebig aus aller Herren Länder Leute zu uns kommen. Das hat noch nicht einmal zuerst etwas mit der Frage der Kriminalität zu tun - das hat auch damit zu tun –, sondern zunächst einmal mit der sozialen Frage, mit dem gesellschaftlichen Sprengstoff, der sich dabei anhäuft. Das geht schon wegen der wichtigsten Frage in der Ausländerpolitik nicht: wegen der Unmöglichkeit, die Integration derer, die bereits rechtmäßig und dauerhaft hier leben, überhaupt leisten zu können. Wie soll man denn Fremde integrieren, wenn deren Zahl ständig größer wird und sie die Ressourcen und das Verständnis des eigenen Landes sprengen? Eine andere Frage ist es, welche Probleme uns aus der schlechten Entwicklung

in der Dritten Welt wie Kriegen, Hungersnöten und vor allem auch Bürgerkriegen erwachsen.

**Bielmeier:** Da denkt man natürlich vor allem Afrika: an Afrika, an den Kontinent, der quasi vor unserer Haustür liegt.

**Kanther:** Ich will kein Prophet sein und mich darüber auslassen, was uns dabei noch ins Haus stehen wird: Das muss man ganz sicher mit allergrößter Sorge sehen. Die Grenzsicherheit ist dabei auf jeden Fall eine ungeheuer wichtige Sache für Europa. Darauf haben wir den Bundesgrenzschutz eingestellt, da ist das "Schengen-System", da ist das "Dublin-System": Daran muss die Europäische Union weiterarbeiten. Denn das ist das dritte Bein der EU: Nach der Außen-, der Verteidigungs- und der Wirtschaftspolitik kommt die innere Sicherheit und damit die Grenzsicherheit. Das hat auch etwas mit dem Fortschritt der europäischen Einigung in Richtung Osten zu tun: Man kann in der Frage, wie es um die Grenzsicherung im Osten bestellt ist, keinen Kredit geben. Nein, diese Sicherheit muss vorhanden sein: Erst danach kann man dann Freizügigkeit erlauben – und nicht vorher.

**Bielmeier:** Dieses Asylthema haben Sie ja selbst schon angesprochen: Es hat lange genug gedauert, bis man zu Beginn der neunziger Jahre diesen Kompromiss gefunden hat. Sie selbst haben sich als Bundesinnenminister gegen Mitte der neunziger Jahre unbeliebt gemacht, als Sie dafür eingetreten sind, dass die Flüchtlinge, die die Bundesrepublik damals aus Bosnien aufgenommen hatte, nach dem Ende des Krieges wieder dorthin zurückkehren. Was hat Sie dazu bewogen? Denn Sie sind in der Frage ja oft als hartherzig und als geradezu unmenschlich apostrophiert worden.

**Kanther:** Wenn man in schwierigen Aufgaben handelt, dann muss man damit leben, verketzert zu werden. Das haben Sozialdemokraten bei diesem Thema in reichem Umfang getan. Ich will nicht sagen, dass mich das damals nicht berührt hätte. Aber die Aufgabe hat ja gar keine andere Entscheidung erlaubt. Ich sage noch einmal, Deutschland ist kein Einwanderungsland: seinen Traditionen nach nicht, seinen Möglichkeiten nach nicht, aufgrund seiner dichten Besiedelung nicht. Jeder Vergleich mit Kanada, Australien oder den USA ist völlig an den Haaren herbeigezogen und unsinnig. Wenn man will, dass wir in diesem Land mit sieben Millionen Ausländern in Frieden zusammenleben - und das muss jeder wollen –, dann muss man das auch aktiv gestalten. Das fängt bei den Kindergärten an und geht weiter bis zu den Berufschancen der jungen Ausländer. Wenn man das will, dann muss man den Zustrom stoppen und natürlich beim unberechtigten Zustrom ansetzen. Wenn Grenzen beliebig übertretbar sind und das ohne Sanktionen bleibt, dann hätte man keine Chance dazu. Es kann nicht sein, dass das nach dem Motto abläuft: mit Schleppern über irgendeinen Winkel hereinkommen und dann drinbleiben können. Es ist eben nun einmal so, dass wir hier in Deutschland Tausende von Kilometern Landgrenze haben: Da steht ja der Grenzschutz nicht untergehakt. Das kann er auch nicht, das kann er in keinem europäischen Land. Wenn man also lange genug wartet und vor allem genug bezahlt, dann kann man eben in unser Land auch unberechtigterweise hereinkommen. Wenn diese Menschen danach aber nie wieder heraus müssen - nach dem Motto, Hauptsache man hat es geschafft, hineinzukommen und kann dann drinbleiben –, dann könnte man sich natürlich unsererseits diese ganzen Anstrengungen sparen. Man könnte sich dann auch insbesondere dieses ganze mühsame Verfahren sparen. Denn dann ist eben drin, wer drin ist. Deshalb ist es nur die logische Konsequenz einer Politik, die keinen unberechtigten Zustrom will, dass diejenigen, die schwarz hereingekommen sind, das Land auch wieder verlassen müssen. Das Thema "Bosnien" ist aber eine ganz andere Frage. "Bosnien" war eine humane Aufgabe auf Zeit. Leider ist die Welt um uns herum so beschaffen, dass uns so etwas erneut passieren kann. Beim Thema "Kosovo" hat Deutschland ja erneut ein großes Maß an Solidarität

gegenüber diesen armen und gequälten Menschen gezeigt. Wir haben dabei wie immer das meiste in Europa geleistet. Von den bosnischen Flüchtlingen hatten wir 60 Prozent aller derjenigen aufgenommen, die nach Westeuropa gekommen waren. Aber wir haben immer gesagt, dass wir menschliche Hilfe auf Zeit geben, solange der Krieg währt: Danach müssen diese bosnischen Flüchtlinge ihr Land selbst wieder aufbauen. Sonst wird aus dieser humanitären Aktion ein Einwanderungsprogramm, und dann könnte man das auch nie wiederholen, weil die öffentliche Meinung das gar nicht mehr ertragen würde. Das wäre aber ganz falsch.

**Bielmeier:** Es geht dabei ja letzten Endes um den inneren Frieden.

**Kanther:** Ja, selbstverständlich geht es ganz entschieden um den inneren Frieden: um das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sieben Millionen Ausländer in Deutschland sind im Hinblick auf die Bewältigung vielfältiger Probleme eine gewaltige Herausforderung auch für die Deutschen. Es geht nicht nur darum, dass sich die Ausländer an für die meisten sehr veränderte Verhältnisse gewöhnen müssen, sondern es geht auch darum, dass sich selbstverständlich auch die Deutschen daran gewöhnen müssen. Dies erträglich und friedlich zu gestalten, ist die Aufgabe von Integration. Das kann man nicht mit Sprüchen machen wie "Lasset alle Geplagten zu uns kommen", sondern das muss man durch eine sehr fundierte Praxis machen. Diese Praxis beginnt im Kindergarten, in der Schule, bei der Vermittlung in die Arbeitswelt. Das hat z. B. für die Schulpolitik die Folge, dass man die Hauptschule, in der die meisten Ausländerkinder sind, stärkt und die Hauptschule nicht "umbringt", wie das in vielen sozialdemokratisch geführten Bundesländern der Fall ist, um dann anschließend über Integrationsdefizite zu klagen. Diese Dinge haben wie meistens in der Politik neben aller Grundsätzlichkeit auch eine ganz handwerkliche Dimension, die man eben beherrschen muss.

**Bielmeier:** Zum Schluss unseres Gesprächs würde ich gerne noch ein anderes Thema ansprechen, nämlich das Thema des Politikverständnisses: das Politikverständnis einerseits auf Seiten des Bürgers, andererseits auf Seiten der Parteien. Wir leben nun einmal in einem medialen Zeitalter, und das hat die Politik total verändert: Es kommt nicht mehr so sehr auf die Inhalte der Politik an, sondern mehr auf die Art und Weise, wie man Politik in den Medien darstellen kann. Die Politik wird, wenn man es etwas flapsig ausdrücken will, zur Schaustellerei. Bei so einer Entwicklung geht natürlich sehr viel verloren.

**Kanther:** Ich habe schon die Hoffnung, dass das nicht so sein muss. Oft ist es so: Politiker passen sich willfährig an und dreschen nur noch Phrasen. Das ist schon wahr, aber es muss nicht so sein. Man kann auch eine beständige und inhaltsreiche Botschaft herüberbringen, die sich nicht dem Zeitgeist angepasst hat, wenn man sich der Möglichkeiten der Medien bedient, wenn man in ihnen leben kann. In der CDU konnte man immer wieder - vor allem nach Wahlniederlagen -, den Tenor hören, "unsere Politik sei an sich ja prima, aber am guten Verkauf dieser Politik fehlt es". Es wurde also gesagt, dass man diesen "Verkauf" besser gestalten müsse. In einer Mediendemokratie - und dabei ist nun beides gesetzt und gewollt - ist das ein falsches Stöhnen. Die Verkaufsseite gehört nun einmal mit dazu: Die Verpackung gehört zur Ware. Man kann das also nicht trennen, man kann nicht sagen, die Ware sei gut, nur der Verkauf wäre schlecht. Wenn das so sein sollte, dann taugt diese Politik eben nichts. Es gehört also beides zusammen. Das gelingt manchmal, und das gelingt manchmal auch nicht. Das gelingt auch den einzelnen Personen unterschiedlich: Da kommt also auch viel Menschliches hinein. Ich plädiere sehr dafür, dass meine Partei die mediale Seite begreift. Aber das darf nicht dazu führen, dass sie die Inhalte verschleudert nach dem Motto: Derzeit passt den Journalisten diese Phrase am besten, also nehmen wir sie eben am häufigsten in den Mund,

und wenn unsere Überzeugung eben gar nicht mehr en jour ist, dann geben wir sie eben auf. Das ist falsch.

**Bielmeier:** Im fünfzigsten Jahr der Bundesrepublik hat sich der Umzug von Bonn nach Berlin vollzogen: Das Parlament und die Bundesregierung tagen nun in Berlin. Viele Menschen verbinden mit diesem Umzug die Befürchtung, dass sich dabei die Republik auch inhaltlich und im geistig-politischen Sinne verändern könnte. Haben Sie diese Befürchtung auch?

**Kanther:** Nein, diese Befürchtung habe ich nicht. Sie wird ja auch gar nicht wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch oder sozialpolitisch begründet. Diese Befürchtung wird ja festgemacht an außen-, verteidigungs- und sicherheitspolitischen sowie an Bündnisfragen. Diese Meinung teile ich aber überhaupt nicht. Wir haben mit Bonn als einer Hauptstadt, die nur 100 Kilometer von unserer Westgrenze entfernt liegt, die Wiedervereinigung mit unseren östlichen Landesteilen bewirken können. Genauso werden wir 100 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt an der Westbindung festhalten. Es gibt ja auch sonst in der Welt eine ganze Menge von Hauptstädten, die in den jeweiligen Ländern nicht wie bei einem Spinnennetz genau in der Mitte des Landes liegen: In diesen anderen Ländern wird daraus auch keine Grenzfrage oder eine Frage über die Zukunft der Politik gemacht. Ich halte diese Diskussion also für falsch. Ich hoffe, dass sich das eine oder andere auch zum Guten wenden wird. Die Weltstadt Berlin wird für den Stil von Politik vielleicht auch ein wenig prägender sein. In kultureller Hinsicht könnte Deutschland mittels der Weltstadt Berlin in der internationalen Geltung durchaus auch noch ein wenig zulegen. Aber in den grundlegenden Fragen wie Westbindung, Bündnis, NATO oder Europa wird sich nichts ändern.

**Bielmeier:** Bei Alpha-Forum war heute Manfred Kanther zu Gast, von 1993 bis 1998 Bundesinnenminister. Er war in den achtziger Jahren in Hessen Finanzminister und schon seit den siebziger Jahren einer der führenden Unionspolitiker der Republik.